

Krise nicht auf die Bevölkerung abwälzen

Nach der Veröffentlichung der Steuerschätzung ist passiert, was nicht nur DIE LINKE im Rat befürchtete: Regierungspräsident Diegel hat den Bochumer Haushalt nicht genehmigt.

Aktuelle Ursache dafür ist, dass der Stadt in den nächsten Jahren Einnahmen in zig Millionenhöhe bei der Gewerbesteuer, bei der Einkommensteuer und bei den Schlüsselzuweisungen entgehen. Die Wirtschaftskrise schlägt voll auf Bochum durch. Nun sollen die Bochumerinnen und Bochumer diese Krise ausbaden, die sie nicht verursacht haben.

Die Stadt darf in diesem Jahr nur noch die Investitionsmaßnahmen in Höhe von ca. 20 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II tätigen. Die eigentlich vorgesehenen Investitionen von über 70 Millionen Euro, u. a. in Schul- und Sportstättenanierung, müssen entfallen. Außerdem verfügt der Regierungspräsident, dass nur noch Pflichtausgaben von der Stadt übernommen werden dürfen. Unzählige soziale und kulturelle Initiativen, Sportvereine und ehrenamtlich Engagierte wären davon betroffen. Das träge das soziale Gefüge der Stadt ins Mark.

Zusätzlich hat der Kämmerer eine Haushaltssperre verhängt. Was das für die vielen Einrichtungen und Vereine bedeutet, die von der Stadt Zuwendungen erhalten, ist für diese nicht klar. Deshalb hat die Linksfraktion in der letzten Ratssitzung beantragt, dass die Verwal-



tung umgehend alle Betroffenen über die Folgen der Haushaltsmiserere informiert. In der Ratssitzung wurde das vom Kämmerer zugesichert, leider aber bis heute nicht

flächendeckend umgesetzt – ein nicht zu akzeptierendes Handeln der Bochumer Verwaltung.

DIE LINKE fordert, dass nicht nur ein Schutzschirm für die Ban-

ken, sondern auch ein Schutzschirm für die Kommunen und die Menschen, die hier leben, aufgespannt wird. Die Städte insgesamt, im besonderen Maße aber finanzschwache Städte, brauchen dringend eine aufgabengerechte Finanzausstattung. DIE LINKE setzt sich für ein Entschuldungsprogramm des Bundes für die Kommunen und eine breitere Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer ein.

Die prekäre Finanzsituation der Stadt Bochum kann aber nicht allein anderen angelastet werden. Der Etat der Stadt Bochum ist insbesondere durch die großen Bauvorhaben der Vergangenheit – vor allem durch den U-Bahnbau – auf Dauer belastet. Diese Fehler sollten jetzt nicht – Stichwort Konzerthaus – wiederholt werden. Aber auch für die Verluste aus dem Cross-Border-Deal und Rückzahlungsforderungen aufgrund schlampiger Kassenführung – Stichwort Westtangente – trägt die Stadtspitze die politische Verantwortung.

Stadt und Regierungspräsident veranschlagen das strukturelle Defizit auf jährlich 100 Millionen Euro, die durch Einnahmeverbesserungen oder Ausgabenkürzungen aufzubringen sind. DIE LINKE hat sich in der letzten Ratssitzung entschieden dafür ausgesprochen, dass die Vorschläge hierzu vor den Kommunalwahlen auf den Tisch müssen, damit die Bürgerinnen und Bürger vor der Wahl wissen, was nach der Wahl auf sie zukommt. Für DIE LINKE ist das eine demokratische Selbstverständlichkeit, nicht aber für SPD und Grüne. Sie wollen den BürgerInnen erst nach der Wahl reinen Wein einschenken. *Uwe Vorberg*

Klare Kriterien

Auch für DIE LINKE ist die Haushaltskonsolidierung notwendig, um die Handlungsfähigkeit der Stadt wiederherzustellen. Dafür hat DIE LINKE im Rat klare Kriterien:

- Erhalt des sozialen und kulturellen Zusammenhalts der Stadt: Keine pauschalen Kürzungen bei sozialen und kulturellen Initiativen, Sportvereinen und der Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit.
- Keine Entlastung auf Kosten der ohnehin Benachteiligten: Die soziale und kulturelle Teilhabe und kostenlose Bildung muss für alle Menschen gesichert werden.

- Kein Verscherbeln des Tafelsilbers: Privatisierungen öffentlicher Unternehmen entlasten den Haushalt nicht dauerhaft, sondern führen langfristig zu höheren Kosten.

- Kein Abwälzen der Krise auf die Beschäftigten: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen.



Versprochen, nicht gebrochen – Ein Rückblick

Anders als bei der SPD, deren Vorsitzender ja behauptet, es sei unfair, Parteien an der Verwirklichung ihrer Wahlversprechen zu messen, war für DIE LINKE die Umsetzung des Kommunalwahlprogramms von 2004 die oberste Richtschnur ihres Handelns. Aufgrund dieser Aussagen wurden wir von den Bochumer Bürgerinnen und Bürgern erstmals in den Stadtrat gewählt.

Als wir 2004 - damals noch als PDS - in Fraktionsstärke in den Rat zogen, waren nicht nur wir über diesen Erfolg sehr überrascht. Zunächst einmal hieß es, sich in die

Bürger nah und transparent

DIE LINKE setzt sich für BürgerInnennähe und Transparenz bei der Stadt Bochum ein. Diese Maßstäbe legen wir selbstverständlich auch an unsere eigene Arbeit an. Über unsere Initiativen und Aktivitäten berichten wir regelmäßig in unserem elektronischen Newsletter und auf unserer Homepage. Dort sind auch alle Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen veröffentlicht. Auf unserer Internetseite finden Sie viele Informationen, die die örtlichen Medien nicht veröffentlichen:

www.linksfraktion-bochum.de

Immer wieder suchen wir den Kontakt zu Initiativen und Einrichtungen, um zu erfahren, wo der Schuh konkret drückt. Und wir bieten regelmäßig montags eine BürgerInnensprechstunde an. Sie ermöglicht interessierten Bochumerinnen und Bochumern mit den Ratsmitgliedern und Bezirksvertretern persönlich in Kontakt zu treten. Diese Gespräche nehmen wir sehr ernst und zum Teil sind daraus Anträge oder Anfragen gefolgt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Bianca Schmolze

Arbeit einzufinden. Wie formuliere ich einen Antrag oder eine Rede, wann kann ich im Rat reden usw., bis hin zu so banalen Fragen wie die der Büroorganisation. Um direkt zu Anfang möglichst viel Sachkompetenz zu bündeln, haben an unseren Fraktionssitzungen nicht nur die gewählten Ratsmitglieder teilgenommen, sondern auch unsere „Sachkundigen Bürger“ in den Ausschüssen und unsere Mitglieder aus den Bezirksvertretungen.

Kernanliegen unserer Arbeit in den letzten Jahren war es, der weiteren sozialen Spaltung in unserer Stadt entgegen zu wirken. Die für alle zugängliche kommunale Daseinsvorsorge war und ist Grundanliegen unserer Politik. Großprojekte, die wir weder für sozial, finanziell oder ökologisch vertretbar hielten, ha-

ben wir in Rat und Ausschüssen stets abgelehnt. Erwähnt werden soll hier nur das Konzerthaus oder der A-40-Ausbau. Gerade in den Beratungen zum Haushalt haben wir uns immer dafür eingesetzt, dass eine soziale und kulturelle Grundversorgung für alle Menschen dieser Stadt erhalten wird.

In ihrer parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit war unsere Fraktion aber auch auf dem Themenfeld Umweltschutz aktiv, hat sich gegen die schleichende Militarisierung der Gesellschaft ausgesprochen und deutlich gemacht, dass Nazis in dieser Stadt nichts zu suchen haben. Dabei haben wir in unserer Arbeit den Kontakt zu Verbänden und Initiativen gesucht, um deren Sachverstand zu nutzen und gegebenenfalls deren Anliegen in



den Rat einzubringen. Und NO-KIA und Opel sind nur zwei Beispiele dafür, dass die Mitglieder unserer Fraktion auch „auf der Straße“ sehr aktiv waren. Es waren sicherlich aufregende und anstrengende Jahre. Aber die Arbeit hat auch Spaß gemacht und wir werden sie fortsetzen.

Ernst Lange

Links wirkt

Als kleine Oppositionspartei ist unser direkter Einfluss natürlich bei weitem nicht so groß wie der der Koalition. Doch durch Anträge, Anfragen und Öffentlichkeitsarbeit konnten wir an einigen Stellen genügend Druck auf SPD und Grüne aufbauen, so dass wir unsere Anliegen manchmal durchsetzen konnten.

Da SPD und Grüne grundsätzlich nicht bereit waren unseren Anträgen zuzustimmen, wurden sie das ein oder andere Mal abgewandelt und mit einem SPD-Grüne-Label versehen. Die Initiative ging gleichwohl von der LINKEN aus. Unser Schwerpunkt lag auf den Auswirkungen von Hartz IV.

· Die Erstausrüstung für Schwangere mit Hartz IV wurde von 205 Euro auf 525 Euro erhöht.

· Wegen der drohenden Zwangsumzüge und der desolaten Lage in den ARGEn hatte DIE LINKE beantragt, Hartz-IV-Betroffenen Beratungs-

gutscheine beim Mieterverein zu finanzieren. Das wurde abgelehnt, aber aus der Diskussion erwuchs die jetzige Arbeitslosenberatungsstelle in der Brückstraße.

· Die Richtlinie für die Kosten der Unterkunft wurde gegen einigen Widerstand in der Verwaltung veröffentlicht. Damit konnten Betroffene einfacher ihre Rechte einfordern.

· Nach langem Kampf und wiederholten Anträgen werden seit Januar 2008 die vollen und nicht nur die nach Ansicht der ARGE angemessenen Heizkosten erstattet.

· Beim Umbau des Bahnhofvorplatzes wurden Anregungen von Taxifahrern, nachdem sie sich an die Linksfraktion gewandt hatten und diese sie im Ausschuss eingebracht hatte, umgesetzt.

· Auf Initiative der LINKEN machte der Zug der Erinnerung in Bochum Station und im November dieses Jahres wird die Ausstellung „Sonderzüge in den Tod“ gezeigt.



· Für die Ferienmaßnahme Sozialbetreutes Wohnen werden wieder Mittel bereit gestellt.

· Für das FrauenGesundheitsZentrum und die Frauenberatungsstelle Mira wurde eine kleine Zuschusserhöhung beschlossen.

· Eine Resolution für das kommunale Wahlrecht für alle MigrantInnen wurde vom Rat verabschiedet.

Das sind einige Beispiele dafür, dass LINKS wirkt. Davon unbenommen haben wir allein durch unsere Oppositionsarbeit mit zur Meinungs- und Willensbildung in Bochum beigetragen.

Anna-Lena Orlowski



Unser Spitzenteam für den Rat

Dafür treten wir an

Unsere Stadt gehört uns allen. Dies ist der Kerngedanke, der sich wie ein roter Faden durch das Kommunalwahlprogramm der LINKEN zieht.

Wir werden uns in den kommenden fünf Jahren im Rat und in den Bezirksvertretungen dafür stark machen, dass mehr soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe das Leben der Menschen in Bochum bestimmen. DIE LINKE wird dabei jeden sich bietenden Gestaltungsspielraum nutzen, die konkreten Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Unser Ziel ist es, dass für alle Menschen Arbeit, Bildung, Freizeit und Kultur sowie Gesundheit und Wohnen gleichermaßen zugänglich sind.

Wir kämpfen weiter für die Überwindung der Hartz-Gesetze. Solange sie jedoch noch in Kraft sind, werden wir versuchen, lokale Verbesserungen durchzusetzen. Ein gebührenfreies Konto für Bedürftige bei der Sparkasse, Sozialtarife für den Energiebezug bei den Stadtwerken sowie ein Sozialticket sind Ziele, für die wir uns auch in den kommenden Jahren einsetzen werden. Armut darf sich nicht vererben. Deshalb steht DIE LINKE auch in Bochum für kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium. Wir wenden uns

entschieden gegen jeden möglichen Versuch der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen. Jung und Alt, Behinderte und Nichtbehinderte, Menschen mit deutschem oder einem anderen Pass, Frauen und Männer, sie alle müssen die Möglichkeit der gleichen Teilhabe am politischen, sozialen und kulturellen Leben in dieser Stadt haben.

Wichtig für uns ist, dass Menschen auch außerhalb von Wahlen an wichtigen kommunalen Entscheidungen, wie etwa der Haushaltsplanung, beteiligt werden. Unsere Kommunalpolitik strebt nicht nur das Beste für die Menschen an, sondern wir wollen Entscheidungen mit den jeweils Betroffenen entwickeln und umsetzen.

Wir werden auch in Zukunft Kontakt mit Gewerkschaften, sozialen, ökologischen oder anderen politischen Initiativen und Verbänden suchen, unsere Arbeit diskutieren und ihre Anliegen und Aktivitäten aufgreifen. Mit starken Fraktionen im Rat und in den Bezirksvertretungen werden wir in den kommenden Jahren noch mehr Druck auf die etablierten Parteien ausüben und deutlich machen: Bochum gehört uns allen! *Anna-Lena Orłowski*

Das Kommunalwahlprogramm und alle Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat, die Bezirksvertretungen und die Direktwahlkreise finden Sie unter www.dielinke-bochum.de/wahlen/kommunalwahl_2009/

Von uns gewollt, von der Mehrheit abgelehnt

Natürlich war DIE LINKE im Rat nicht immer erfolgreich. Für folgende Maßnahmen haben wir uns eingesetzt und sie wurden leider von der Mehrheit im Rat abgelehnt:

- Bogestra-Sozialticket
- Keine 1-Euro-Jobs bei der Stadt Bochum
- Sozialtarif für Strom und Gas bei den Stadtwerken
- Kostenloses erstes Kita-Jahr (wie in Aachen)
- Einschulungsbeihilfe für finanzschwache Familien
- Befreiung von der Zuzahlung für die Schülerbeförderungskosten für Familien mit geringen oder keinem Einkommen
- Kostenlose Emailadressen für BochumerInnen (Ute.Musterfrau@bochum.de)
- Einrichtung eines „Runden Tisches Ausbildung“
- Ausbau der A 40 stoppen (keine städtischen Gelder)
- Schadstoffmessstelle an der A 40
- Kostenloses Girokonto für Bochum-Pass-Berechtigte
- Bürgerfreundlicher Haushalt –



- Verbesserung der Information
- Übersetzungsdienst für MigrantInnen
- Keine gemeinsamen Veranstaltungen mit der Bundeswehr
- Stadionverbot für TrägerInnen rechtsradikaler Bekleidungsmarken

- Begrenzung des Einsatzes von so genannten Heizpilzen
- Kohlematorium (Keine Beteiligung der Stadtwerke an Kohlekraftwerken)
- Konzerthauspläne stoppen

Vielfach wird behauptet, dass wir unrealistische teure Forderungen aufstellen. Wir haben allerdings in den Haushaltsberatungen immer Vorschläge zur Kostenreduzierung unterbreitet. Aber auch diese Vorschläge wurden abgelehnt. Das Geld war da, es floss nur in andere Maßnahmen und Projekte. *Ernst Lange*

Mehr Sensibilität für Opfer häuslicher Gewalt

Wenn die Beziehung eskaliert und Frauen aus gewalttätigen Beziehungen fliehen, stehen sie anschließend zum Teil ohne jede müde Mark da. Das Konto ist leer geräumt, der Partner hat wichtige Unterlagen mitgenommen, die Frauen wissen nicht, wovon sie die nächste Mahlzeit bezahlen sollen. Besonders schlimm ist das, wenn zusätzlich auch noch Kinder betroffen sind.



In dieser an sich schon dramatischen Situation stehen die Frauen bei der Beantragung von ALG-II einem riesigen Wust an Formalitäten gegenüber. Eine besondere Zumutung ist es für sie, an verschiedenen Stellen der ARGE vorzusprechen, gegebenenfalls wiederholt ihre Geschichte darlegen zu müssen und dann auch noch auf unsensible MitarbeiterInnen zu stoßen. Dabei geht oft wichtige Zeit verloren, in der die Frauen nicht wissen, wovon sie und gegebenenfalls ihre Kinder leben sollen.

Seit Jahren stehen Bochumer Frauenberatungsstellen in Verhandlungen mit der ARGE, damit es spezielle Ansprechpartnerinnen für diese Frauen gibt, aber bisher ohne Ergebnis. Das wurde beim letzten Treffen des

Netzwerks gegen häusliche Gewalt erneut deutlich. Ganz anders sieht es in der Nachbarstadt Dortmund aus. Dort gibt es zwei Sozialarbeiterinnen beim Sozialamt, die Ansprechpartnerinnen für Frauen in Notlagen sind, dazu gehören auch Opfer von Menschenhandel und ausstiegswillige Prostituierte.

Die beiden Mitarbeiterinnen können die Frauen sowohl psychisch unterstützen als auch Leistungen gewähren. Damit erfolgt eine Hilfestellung aus einer Hand, was für die Frauen wesentlich weniger nervenaufreibend und zusätzlich zeitsparender ist. DIE LINKE wird sich im Sozialausschuss dafür einsetzen, dass endlich auch in Bochum eine entsprechende Lösung gefunden wird.

Hella Eberhardt



Konzerthaus ade

Vor dem Hintergrund des vom Regierungspräsidenten nicht genehmigten Haushalts hat der Rat auf seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause entschieden, über den Bauauftrag für die Symphonie erst dann zu beschließen, wenn ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept vorliegt. Richtig so.

DIE LINKE im Rat war schon immer der Meinung, dass das Konzerthaus in Anbetracht der Haushaltslage nicht zu finanzieren ist. Jetzt, wo die Bezirksregierung der Stadt zusätzlich eine Sparauflage von 100 Millionen Euro jährlich auferlegt hat, hätte ein Baubeschluss das Springen in den finanziellen Abgrund bedeutet. Es ist gut, dass dies erstmal verhindert werden konnte. Nun bleibt nur zu hoffen, dass auch in Zukunft die Vernunft siegt und nicht wieder von Mehrheitsfraktionen und Verwaltung die Welt schön gerechnet wird.

Jürgen Plagge-Vandelaar

Kulturhauptstadt ohne Frauen?

Auf der letzten Sitzung des Frauenbeirates wurde die Kulturhauptstadt 2010 unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit unter die Lupe genommen.

Von wenigen Einzelprojekten abgesehen, vermisste der Beirat eine Genderperspektive. Es wurde deutlich, dass die Kulturhauptstadtverantwortlichen bei der Planung weder darauf geachtet haben, in wieweit Projekte von Frauen beantragt wurden, noch

ob Angebote gegebenenfalls von Frauen und Männern unterschiedlich genutzt werden, noch ob Männer thematisch und



visuell überrepräsentiert sind. Mit Autobahn, Bergbau, Ritten und lokalen Helden spielen die Frauen auf jeden Fall keine starke Rolle. Für besonders großen Unmut sorgte im Frauenbeirat das männergeprägte Projektbuch der Stadt Bochum. An die Kulturhauptstadtverantwortlichen ging die deutliche Aufforderung, zumindest bei den Publikationen künftig auf eine ausgewogenere Darstellung zu achten.

Hella Eberhardt

IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum

Ernst Lange (V.i.S.d.P.)

Altes Postgebäude

Willy-Brandt-Platz 1 – 3

44777 Bochum

Tel.: 0234 – 910-1295 /-1296

Fax: 0234 – 910-1297

linksfraktion@bochum.de

www.linksfraktion-bochum.de

Fotos: pixelio (S. 1,4), Linksfraktion

Archiv (S. 1,2,3,4) Stadt Bochum,

Presse- und Informationsamt (S. 2)

LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse: